

Von großer Bedeutung für das deutsche Volk sind die Leitsätze der Erklärung über die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und den Kampf gegen den deutschen Militarismus. In der Erklärung heißt es:

„Den aggressiven Plänen des westdeutschen Imperialismus ist die vereinte Macht aller friedliebenden Staaten und Völker Europas entgegenzustellen. Im Kampf gegen die aggressiven Bestrebungen des westdeutschen Militarismus fällt der Deutschen Demokratischen Republik eine besonders große Rolle zu. Die Teilnehmer der Beratung betrachten es als die Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers, aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der Deutschen Demokratischen Republik zu schützen, des Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa, des wahren Künders der friedliebenden Bestrebungen des deutschen Volkes.“¹

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und alle friedliebenden Deutschen sind dafür den kommunistischen und Arbeiterparteien zu großem Dank verpflichtet. Das erlegt der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die heilige Verpflichtung auf, durch die allseitige Stärkung ihres Arbeiter-und-Bauern-Staates, durch ökonomische Fortschritte und die Erhöhung der Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik die Friedenswacht gegenüber dem aggressiven deutschen Imperialismus jederzeit zu gewährleisten.

Der Hinweis der Erklärung über die Notwendigkeit der Verhütung von lokalen Kriegen, aus denen sich ein atomarer Weltkrieg entwickeln kann, ist angesichts der Bonner Pläne für einen sogenannten kleinen oder „begrenzten“ Krieg von besonderer Aktualität für das deutsche Volk und erfordert ständig die Wachsamkeit gegenüber den Provokationen der Militaristen in Bonn und ihrer Helfershelfer in Westberlin.

Da die Bonner Regierung die Festigkeit unserer volksdemokratischen Ordnung und den zuverlässigen Schutz der Deutschen Demokratischen Republik durch das mächtige sozialistische Lager in Rechnung stellen muß, ist sie bestrebt, vorläufig mit allen Mitteln die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und zu zementieren. Davon zeugen die Störaktionen gegen einzelne Wirtschaftszweige der Deutschen Demokratischen Republik und die Ausarbeitung des neuen Terrorgesetzes der Bonner Regierung gegen den Reiseverkehr.

In konsequenter Anwendung des Deutschlandplanes des Volkes und der Prinzipien der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien setzt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands der Parole Adenauers von der „unfriedlichen Koexistenz“ die Politik der friedlichen Koexistenz entgegen. Wir

¹ Ebenda, S. 30.